

DAS DOKUMENT

DGB zur Deutschland-Frage

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat auf seiner Tagung am 7. April 1959 in Berlin folgende Entschließung angenommen:

Der Deutsche Gewerkschaftsbund begrüßt die Bereitschaft der Großmächte, endlich die Lösung der Deutschland-Frage zu behandeln und erwartet, daß die Beratungen die für die Menschheit gefährlichen Spannungen zwischen den Ost- und Westmächten beseitigen, den kalten Krieg beenden und zu einer Befriedigung der Welt führen.

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hält jedoch die Haltung der Sowjetunion zur Deutschland-Frage für unvereinbar mit dem auch von der Sowjetunion immer wieder geforderten Selbstbestimmungsrecht aller Völker. Die Forderungen der Sowjetunion müssen von den deutschen Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften abgelehnt werden, weil sie dem deutschen Volke seine Einheit in Frieden und Freiheit nicht wiedergeben.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert:

1. daß die verantwortlichen Großmächte die Grundlagen schaffen, die eine Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit ermöglichen,
2. daß die Freiheit Berlins und die rechtliche und wirtschaftliche Zugehörigkeit zur Bundesrepublik erhalten bleiben,
3. daß die von den Vereinten Nationen in ihrer Erklärung der Menschenrechte proklamierten Freiheitsrechte auch den Menschen in Mitteldeutschland in vollem Ausmaß nach 25 Jahren Diktatur wiedergegeben werden,
4. daß ein Abkommen über ein Verbot aller atomaren Waffen eingeleitet wird,
5. daß die Bundesregierung die Realisierung vorstehender Forderungen zur Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit und zur Erreichung eines Friedensvertrages nachhaltig fordert.

Eine Verständigung auf der Basis der vorstehenden Grundsätze wird die Kriegsgefahr bannen und den Frieden sichern. *Der Friede ist die Voraussetzung für gesellschaftlichen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit für alle Menschen.*